



Prioritäten für den Landeshaushalt bei Kommunen, Bildung und Sozialem

Vor der abschließenden Beratung des Landesetats 2012 stellte die Linksfraktion ihre Änderungsanträge öffentlich vor

Die LINKE setzt im Landeshaushalt für das nächste Jahr deutliche Prioritäten insbesondere für die Handlungsfähigkeit der Thüringer Kommunen, aber auch für Arbeitsmarktpolitik und Mittelstandsförderung, für Bildung und Schulsozialarbeit und nicht zuletzt für Projekte gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit.

Auf einer Pressekonferenz am 30. November stellte Bodo Ramelow zusammen mit den „Haushaltern“ der Fraktion, Birgit Keller und Mike Huster, die LINKEN Änderungsanträge (www.die-linke-thl.de) für die abschließende Beratung des Etat-Entwurfs der Landesregierung – die Landtagsdebatte dazu findet am 15. Dezember statt – vor und betonte dabei erneut die Notwendigkeit einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung, die unverantwortlicher Weise vor allem durch die CDU noch immer blockiert wird.

15 Millionen Euro in die Schuldentilgung

Für die Fraktion sei es kein Thema, „Geld auf Pump auszugeben“. Mehr noch, die LINKE will von den prognostizierten Steuermehreinnahmen 15 Millionen Euro in die Schuldentilgung stecken.

Es sei überhaupt langfristig unumgänglich, dass der Bund mit einer anderen Steuerpolitik für mehr Einnahmen sorgt, betonte Bodo Ramelow. Er

nannte die Vorschläge der Linksfraktion zur Haushaltsberatung einen „soliden, solventen und schlüssigen Weg“. Dabei sei sie überzeugt, dass man auch den Thüringer Landeshaushalt konsolidieren könne, was aber nur gehe bei einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung.

Birgit Keller stellte den Medien einige Beispiele vor, wo die LINKE mit Änderungsanträgen ihre Schwerpunkte deutlich machen wolle. So soll die Jugendpauschale um vier auf insgesamt 15 Millionen Euro aufgestockt werden.

Landesarbeitsmarktprogramm soll fortgeführt werden

Neben den zusätzlichen Geldern für die Förderung von Projekten gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit soll es auch eine bessere Unterstützung von Mehrgenerationenhäusern sowie für den Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs geben – hier geht es der LINKEN insbesondere um die Barrierefreiheit, die vielfach noch nicht gewährleistet ist.

Im großen Feld der Bildungspolitik soll ein Schwerpunkt bei der Schulsozialarbeit liegen, für die die Linksfraktion, so betonte Birgit Keller, zwei Millionen Euro mehr vorsehe. Weitere zusätzliche Finanzen sind für die Studentenwerke und zur Verbesserung der Lern- und Lebensbedingungen vorgesehen. Vor dem Hintergrund der Kritik an der Arbeitsmarktpolitik der Lan-

desregierung will die LINKE mit vier Millionen Euro das Landesarbeitsmarktprogramm weiter durchgesetzt wissen. Aber auch die Mittelstandsförderung wird als ein wichtiger Baustein der Thüringer Wirtschaftspolitik gesehen und soll eine Million Euro mehr bekommen – Geld, das nach Vorstellung der Linksfraktion aus der bisher nur mäßig erfolgreichen Image-Kampagne des Landes genommen werden könnte.

Bodo Ramelow betonte gegenüber den Journalisten, dass die LINKE als einzige Fraktion den Mut hatte, klar zu sagen, die Finanzierung des Kindertagesstättengesetzes muss raus aus dem Kommunalen Finanzausgleich, denn notwendig sind klare Strukturen und eine Kita-konkrete Abrechnung. Bekanntlich hatten die Kommunen an der jetzigen Zuweisung scharfe Kritik geübt.

Bei den Gemeindefusionen geht es zu „wie auf dem Basar“

Der Fraktionschef der LINKEN nannte vor dem Hintergrund der noch immer ausstehenden Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform die gegenwärtigen Zustände der „sinnlosen Konkurrenz“ öffentlicher Einrichtungen „unerträglich“ und betonte: „Es ist verantwortungslos, dass es keinen Plan gibt, welche Aufgaben in welchem Rahmen gelöst werden sollen.“ Bei den Gemeindefusionen gehe es gegenwärtig zu „wie auf dem Basar“.

KOMMENTIERT:

von Bodo Ramelow

Schluss mit Kriminalisierung friedlichen Protests gegen Nazis

Nachdem die Staatsanwaltschaft Dresden gegen den Jugendpfarrer Lothar König aus Jena Anklage erhoben hat, erklärte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion: „Es wirft ein verheerendes Licht auf das Wirken der Justizbehörden in Sachsen, wenn gerade diejenigen, die sich gegen Rechts-Extremismus engagieren, mit Strafverfahren überzogen werden!“

Bodo Ramelow erinnerte daran, dass auch Strafverfahren gegen ihn und drei weitere Fraktionsvorsitzende der LINKEN von der sächsischen Justiz mit großem Eifer verfolgt werden. „Gemeinsam mit tausenden Bürgern und Vertretern von Parteien, Institutionen und Vereinen haben wir friedlich gegen den Neonazi-Aufmarsch in Dresden 2010 protestiert. Damit wird die unfassbare Strategie fortgeführt, couragierte Menschen zu diffamieren und zu kriminalisieren. Angesichts des akuten Versagens gerade der sächsischen, aber auch der anderen Sicherheitsbehörden und Justiz bei der Aufklärung von Neonazi-Terrornetzwerken und ihrer Verbrechen ist das Vorgehen der Dresdener Justizbehörden ein Skandal.“

Man erweist nicht nur der Demokratie einen Bärendienst, sondern sendet auch ein falsches Signal an Bürger, die sich bisher mutig den Umtrieben von Neonazis in den Weg gestellt haben. Unsere Solidarität gehört Lothar König und allen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Friedlicher Protest gegen Nazis ist keine Straftat!“, unterstreicht Bodo Ramelow und unterstützt im Namen seiner Fraktion die vom Landesvorstand der LINKEN verabschiedete Solidaritätserklärung und den Aufruf zur Beteiligung an den Protesten für Dresden: „Wir rufen alle auf, im Februar 2012 an den Protesten gegen die neofaschistischen Gefahren in dieser Gesellschaft teilzunehmen und dabei auch gegen die zu protestieren, welche diese Gefahren bagatellisieren wollen oder versuchen, die zivilgesellschaftlichen Akteure und den gewaltlosen Widerstand selbst in die Nähe von Terrorismus zu rücken! Wir fordern von der sächsischen Justiz die Einstellung sämtlicher Verfahren im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Naziaufmarsch am 19. Februar 2011.“

AKTUELL

Thüringer Landkreistag ignoriert Hort-Bündnis

Nach dem Besuch der Jahresversammlung des Thüringer Landkreistages am 9. Dezember sagte Michaela Sojka, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, dass sie die kommunale Familie nicht mehr verstehe: während sich der Gemeinde- und Städtebund nach wie vor ganz klar gegen die Hortkommunalisierung wendet, kann sich Rüdiger Dohndorf, Präsident des Landkreistages und Landrat des Landkreises Sömmerda, die Rückabwicklung der Modellhorte nicht vorstellen. Dohndorf mache den „gewerkschaftlichen Protest“ verantwortlich und ignoriere, dass sich im Bündnis alle Betroffenenvertreter gegen die Hortkommunalisie-

rung engagieren. Um die Versorgungswerkfrage zu klären (strittig seien 30 Millionen Euro, die zusätzlich zu zahlen wären) habe er vorgeschlagen, die Modellphase um ein Jahr zu verlängern. Man wolle schließlich die „gute Nachmittagsbetreuung“ als Idee des Landkreistages nicht einfach aufgeben, hieß es. Die Ministerpräsidentin habe noch eins drauf gesetzt und gesagt, dass es kein Zurück gebe, weil es durchweg vernünftig sei, die Horte zu kommunalisieren und man ließe sich durch „Störfeuer“ davon nicht abbringen.

Michaela Sojka zeigte sich über diese Äußerungen „entsetzt und schwer enttäuscht, hatte doch gerade im Bildungsausschuss der Staatssekretär

noch beschwichtigt, dass alles offen sei und der Diskussionsprozess innerhalb der Landesregierung nicht abgeschlossen“.

Die LINKE Bildungspolitikerin unterstrich, dass das Bündnis innerhalb kurzer Zeit bereits deutlich mehr als 15.000 Unterschriften gesammelt hat, „also dreimal mehr, als man für den Start eine Volksbegehrens benötigt, und zwar aus allen Teilen des Landes“. Sie sprach von einem „bedeutsamen Zeichen gegen die Kommunalisierung der Thüringer Grundschulhorte. Eine Entscheidung gegen diesen Bürgerwillen ist ein erneuter Beweis dafür, dass diese Landesregierung Politik am Bürger vorbei betreibt“, betonte die Landtagsabgeordnete.